



Medienmitteilung

Bundesrat lehnt Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ ab Glaubwürdigkeit der Schweiz nicht schwächen

Gleich wie die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP lehnt auch der Bundesrat die Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ ab. Sie wäre ein gefährlicher Rückschritt und würde den Schutz der Steuerbetrüger erhöhen. Die Verlierer wären die Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihres Finanzplatzes sowie sämtliche steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger.

Bei einer Annahme dieser Initiative würde das Einholen von Informationen durch die Steuerbehörden massiv erschwert. Die Steuerbehörden müssten jedes Mal zuerst ein Strafverfahren eröffnen und ein Gericht müsste bestätigen, dass Verdacht auf ein schwerwiegendes Steuerdelikt besteht. Die Initiative verbessert den Schutz der Privatsphäre nicht. Sie sichert auch das Bankgeheimnis in seiner bisherigen Form nicht, sondern erhöht den Schutz für Steuerbetrüger. Die BDP ist überzeugt, dass es nicht im Sinne der ehrlichen Bürgerinnen und Bürger ist, wenn auf ihrem Rücken ein paar Wenige Steuern hinterziehen.

Der Anspruch auf Schutz der Privatsphäre ist ein Grundrecht und steht bereits heute in der Bundesverfassung. Dennoch besteht selbstverständlich die Pflicht, alle Einkünfte und Vermögenswerte in der Steuererklärung zu deklarieren. Amts- und Steuergeheimnis stellen sicher, dass die Privatsphäre dabei geschützt bleibt. Weitergehende Massnahmen sind aus Sicht der steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger nicht nötig.

Die BDP wird sich vehement gegen diese schädliche Initiative engagieren. Sie sägt völlig unnötig am Erfolgsmodell Schweiz und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit, da diese untrennbar mit Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit verbunden ist.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Rosmarie Quadranti, 079 865 66 11

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

26.08.2015